

In dieser Ausgabe:

Bundesparteitag Erfurt	Seite 3
Bericht aus dem Rathaus	Seite 4
Leserbriefe	Seite 7
Aus der Stadtfraktion	Seite 8

Landesweiter Aktionstag gegen den Afghanistankrieg

Am 16. November 2001 beschlossen SPD, Grüne, Union und FDP im Deutschen Bundestag die deutsche Beteiligung am Krieg gegen Afghanistan. Die große Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und in MV lehnt die Kampfeinsätze in Afghanistan ab. Zehn Jahre danach ist die Bilanz desaströs und der Krieg verloren. Mehr als 3000 ISAF-Soldatinnen und Soldaten, darunter 53 Bundeswehrangehörige, auch aus Mecklenburg-Vorpommern, wurden getötet, Zehntausende Afghaninnen und Afghanen starben oder wurden verletzt. Die Weiterführung des Krieges ist absolut unverantwortlich. Nicht ein einziger internationaler Kampfeinsatz der Bundeswehr seit 1999 wurde erfolgreich beendet. Der Umbau der Bundeswehr durch die gegenwärtige Bundeswehrstrukturreform zu einer weltweit interventionsfähigen Armee ist für die deutsche und internationale Sicherheit kontraproduktiv. Die Sorgfaltspflicht gegenüber den Soldatinnen und Soldaten gebietet, ihren sofortigen Rückzug aus Afghanistan zu verlangen.

Der Antrag unserer Fraktion zur Sitzung des Landtages am 16.11.2011:



Der Landtag möge beschließen:

1. Anlässlich des zehnten Jahrestages des Bundestagsbeschlusses vom 16. November 2001 zur Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistaneinsatz der NATO schließt sich der Landtag der Einschätzung des früheren Generalinspektors der Bundeswehr, Harald Kujat, vom 7. Oktober 2011 an, dass der Afghanistaneinsatz gescheitert ist.
2. Der Landtag unterstützt die Position des Ministerpräsidenten, die Bundeswehr aus Afghanistan abziehen und fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan einzusetzen.
3. Angesichts der Erfahrungen mit dem Afghanistaneinsatz spricht sich der Landtag ausdrücklich dagegen aus, über eine Bundeswehrstrukturreform eine weltweit agierende Interventionsarmee schaffen zu wollen.

16.11. 2011 --- 08.00 Uhr Protestaktion vor dem Landtag

Wort zum Monat

Von Peter Brill
stellv. Vorsitzender
des Kreisvorstandes
Schwerin der Partei
DIE LINKE



Ich sage „Ja“!

Ab 17. November wird es in unserer Partei eine Urabstimmung zum neuen Programm geben. Ich werde „Ja“ sagen. Aus verschiedenen Gründen.

Erstens ist das Programm das Ergebnis einer langen demokratischen Debatte in unserer Partei. Über 1000 Änderungsanträge an den Bundesparteitag sind dafür ein lebendiges Zeugnis.

Zweitens wurde das Programm durch den Parteitag mit 96,9 % bestätigt. Dies zeigt, dass dieses Programm strömungsübergreifend ein Konsens ist. Dies mag aus Sicht des Einzelnen nicht immer das Gewünschte sein. Aus Sicht der Gesamtpartei ist der gefundene Kompromiss aber Grundlage für Aktions- und Kampagnefähigkeit sowie dringend notwendiger inhaltlicher Leitfaden für unsere Arbeit. Unsere Partei braucht diese einigende Position dringender denn je.

Drittens haben wir bei dieser Abstimmung selbst in der Hand, welches Außenbild unsere Partei abgibt. Eine hohe Wahlbeteiligung und eine hohe Zustimmung sind ein Zeichen in die bundesrepublikanische Gesellschaft. Ein Zeichen, das unsere Partei deutlich setzen sollte.

Viertens (und bestimmt nicht letztens) sind wir mit diesem Parteiprogramm die Partei in der Bundesrepublik, die auf dem Boden

des Grundgesetzes die gesellschaftlichen Verhältnisse umkrempeln will. Machen wir also deutlich, dass wir alle eine andere Gesellschaft anstreben, dass wir den Menschen in unserem Land ein entsprechendes Angebot unterbreiten. Laden wir sie so zum gesellschaftlichen Exkurs ein. Der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte und wenn doch, ist er auch das letzte Wort der Menschheit. Wir sind angetreten, diese Bundesrepublik, ja diese Welt zu verändern. Machen wir deutlich, dass unsere Partei hinter ihrem Programm steht. Machen wir deutlich, dass wir die demokratische und gesellschaftliche Alternative zum neoliberalen Parteieneinheitsbrei sind. Sagen wir alle „Ja“!

Solidarische Grüße
Peter Brill

DIE LINKE hat's erfunden

Kennen Sie die legendäre Ricola-Werbung? Drei stattliche nackte Männer genießen nach der Sauna die eidgenössischen Bonbons und rühmen diese als finnische Erfindung. Plötzlich bedrängt sie ein spakkes Männchen: „Wer hat's erfunden?“ Kleinlaut gestehen die Hünen ein: „Die Schweizer!“ In der Politik gibt es keine Copyrights. Die politische Konkurrenz hat sich fleißig bei der LINKEN bedient. Mindestlohn und Finanztransaktionssteuer gehören heute ebenso ins Repertoire anderer Parteien wie die Forderungen nach einem Abzug aus Afghanistan oder einer höheren Besteuerung der Superreichen. Kaum jemand wäre vor wenigen Jahren darauf gekommen, die Bundesregierung erwäge ernsthaft Eingriffe in private Banken, gar deren Verstaatlichung. Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen, und eines wiederholte sich ständig: Als zuerst DIE LINKE die Themen aufbrachte, ließen Widerspruch und Ablehnung nicht auf sich warten. Diese wurden mal lauthals empört, mal süffisant belächelnd, mal herablassend onkelhaft vorge-

tragen. Die linken Spinner eben mit ihren wirklichkeitsfremden Vorstellungen.

Heute sind bisweilen aus unserer Partei Bedauern und sogar Empörung ob des Ideenklausur zu vernehmen. Das sehe ich anders. Wir wollen doch die Gesellschaft verändern, nicht bloß Recht behalten. „LINKS wirkt!“ haben wir nach dem Zusammenschluss von PDS und WASG gerufen. Richtig! Unsere Vorschläge fanden breiten Widerhall, aus der Opposition hat DIE LINKE Debatten mitbestimmt und ein Stück weit Politik und Realität verändert. Bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, so bestimmt unser Grundgesetz die Aufgabe der Parteien. Zu „messen“ ist deren Erfolg letztlich an der Zahl der Mitglieder und der Stimmen bei Wahlen. Fast zwölf Prozent für uns zur Bundestagswahl 2009 markieren den bisherigen Höhepunkt der gesellschaftspolitischen Wirkung unserer Partei. Es ist doch genugtuend, wenn viele Menschen - und eben auch viele Parteien - aufgreifen, was wir angestoßen haben. Drei Anmerkungen jedoch sind unerlässlich.

Erstens muss darauf verwiesen werden, dass zwischen Schein und Sein, zwischen Worten und Taten nicht selten Welten liegen. Die Sozialdemokratie und die Grünen müssen praktisch noch nachweisen, ob

sie sich tatsächlich von der unsozialen Agenda-Politik abwenden, die eine von ihnen gestellte Bundesregierung losgetreten hat. Die gegenwärtige schwarz-gelbe Koalition brauchte Monate, sich über Almosen für Hartz IV-Beziehende zu einigen, eine milliarden-schwere Bankenrettung wupperte sie binnen Stunden. Entgegen allem Wortgeprassel in Sonntagsreden sterben am Hindukusch weiter Zivilisten wie auch deutsche Soldaten und solche aus anderen Ländern. Zweitens ist zu konstatieren, dass wir trotz der breiten Zustimmung der Bevölkerung für mehrere unserer Forderungen real eher bescheidene oder gar keine Erfolge erzielten. Hier seien lediglich die Stichworte Mindestlohn und Rentengerechtigkeit genannt. Es ist leider wirklich so: Die Menschen lehnen die Rente erst ab 67 ab und wählen zugleich deren Verfechter.

Drittens schließlich gehört zur Wahrheit, dass DIE LINKE mit internem Zwist selbst dafür sorgte, dass ihre politischen Wortmeldungen kaum noch Gehör fanden. Wenn überdies Rechthaberei Kurs und Ziel bestimmt, sind wir auf dem Holzweg. Nicht zuletzt dieses Gemisch bietet einigen Medien den Vorwand, uns zu ignorieren. Hier hat der Parteitag gezeigt, dass es auch anders gehen kann. **Dietmar Bartsch**

Medienerfahrung

Es ist der 31. Oktober. Im Radio: Frau Merkel will den Mindestlohn, natürlich nach Ost und West gestaffelt. Dies wird umschrieben mit den Worten: „Ein Mindestlohn zwischen so und soviel Euro.“ Daraufhin entspannte sich eine breite Berichterstattung. Die CDU kam zu Wort, der CDU-Wirtschaftsflügel, der sich dagegen aussprach. Die SPD, die den Vorschlag begrüßte, die FDP, die das ablehnt. DIE LINKE, die tauchte nicht auf. Dabei war es genau DIE LINKE, die in der Republik als erste Partei das Thema Mindestlohn zu ihrem Thema machte. Nicht, dass sie es erfunden hätte. Mindestlöhne gibt es in Europa mittlerweile fast flächendeckend. Trotzdem wäre dieses Thema heute nicht in der politischen Debatte, hätte nicht DIE LINKE dafür gesorgt. Aber die kam in der Berichterstattung nicht nur nicht zu Wort, sie wurde nicht einmal erwähnt. Und so blieb es unwidersprochen, dass die Kanzlerin einen Mindestlohn getrennt nach Ost und West fordert; im Jahre 21 der deutschen Einheit. Zumindest der formalen Einheit, denn ohne DIE LINKE, die sich mühsam und langsam zu einer gesamtdeutschen Partei zusammenrauft, wird es auch keine Einheit zwischen Ost und West geben. Dies ist die Aufgabe der LINKEN. **Peter Brill**



Szenische Lesung des Erfurter Programms mit Delegierten und Abgeordneten der Partei DIE LINKE

Medienerfahrung

Bundesparteitag in Erfurt und ich nicht dabei. Leider. Mich hatte es nach Hamburg verschlagen zu einem Seminar für Lichtberater. So erlebte ich einen Parteitag ohne Fernseher und Liveübertragung im Internet. Nur am Samstagabend warf ich mit meinem Handy einen Blick auf Tagesschau.de, Spiegel online und stern.de. Der Bundesparteitag schien, den Medien zufolge, nur ein Thema gehabt zu haben, Drogenpolitik. Immerhin Gregor Gysi hatte dazu sogar gesprochen, war da zu lesen. Die Passage im Programm ist eher übersichtlich, medial wurde alles auf dieses eine Thema fokussiert. Dass es auch um die Demokratisierung der Gesellschaft, ja natürlich auch das Infragestellen und die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsform mit ihren Finanzspekulationen und –blasen ging, das spielte eine deutlich untergeordnete Rolle, falls man es überhaupt lesen konnte.

Das Thema schien den Medien geeignet, die Partei in ihrer Meinungsvielfalt darzustellen oder der Lächerlichkeit preiszugeben. Diese Interpretation sei jedem überlassen. In jedem Falle gilt jedoch: Die Partei wurde als zerstritten dargestellt und Gregor Gysi war es wieder einmal, der es richten durfte. Sicher war die Partei an diesem Punkt sehr zerstritten und sicherlich wurde heftig debattiert. Genauso wie sicher auch bei anderen Themen.

Meine Tochter, bei der ich übernachtete, stöhnte nur auf: „Habt Ihr denn keine wichtigeren Themen?“ Sicher, aber diese wurden medial unterbelichtet. Es sollte wohl nicht der Eindruck

entstehen, dass sich in Erfurt eine linke pluralistische Partei, die sich streitet um Lösungen zu finden, entwickelt.

Am Sonntagabend schaute ich wieder in mein Handy und durchstöberte die Internetseiten. Mittlerweile war das Parteiprogramm mit 96,9 % der Delegierten beschlossen worden. Bei stern.de und Spiegel online fast Fehlanzeige. Bei einem ein neuer Artikel auf der Startseite, nun sachlicher und informativer. Beim Anderen gab es außer der Drogendebatte nichts vom Parteitag zu berichten. Das Bild der Geschlossenheit passte nicht. Bei heute.de eine ausführliche Berichterstattung und eine Vielzahl an Kommentaren von Nutzern. Das Spektrum der Kommentare reichte von völliger Ablehnung bis hin zur Formulierung: „Endlich eine Partei, die man in Deutschland wählen kann.“ Mit der Geschlossenheit der Partei und mit dem neuen Programm haben wir also Menschen erreichen können.

Ob dies so bleibt ist fraglich. Die Personaldebatte ist von Gesine Löttsch mit der Bekanntgabe ihrer Wiederkandidatur ganz offiziell eröffnet worden, nachdem andere selbst ernannte Vordenker und Führungskräfte die Parteiführung nur wenige Stunden nach dem Parteitag infrage stellten. Da haben es die Medien doch gut. Sie müssen sich nicht mit den Inhalten unserer Partei beschäftigen, sondern können weiter über die Zerstrittenheit der LINKEN berichten. Schade!

Peter Brill

Bundesparteitag Erfurt

Erfurt und die Tücken das Programm zu leben!

Der Erfurter Bundesparteitag hat ein aus meiner Sicht erfolgreiches Ende genommen und wir haben ein mit 97% iger Zustimmung angenommenes Parteiprogramm. Das ist die gute Botschaft. Wie wir gemeinsam damit umgehen, wird die Zukunft zeigen. Ich hoffe verantwortungsvoll!

Ich war bereits seit Mittwoch in Erfurt, da ich, den einen wird es nicht wundern und der andere wird schmunzeln, gemeinsam mit meinen beiden Freunden und Genossen aus Berlin und Brandenburg für die Um- und Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung auf dem BPT zuständig war. Manche Dinge ändern sich scheinbar nie. Am Freitag Nachmittag wurden wir telefonisch im Org.-Büro darüber informiert, das es gegenüber dem Bundesvorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen zur Androhung von körperlicher Gewalt gekommen war. Und das von einem Mitglied unserer Partei, der den Stand der Arbeitsgemeinschaft Cuba Si' Thüringen betreute. Was passiert. Auf einem Parteitag haben alle Strömungen, Arbeitsgemeinschaften, Interessengruppen..., die Möglichkeit Ihr Projekt im weitesten Sinne vorzustellen. Nun trat der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen an den Stand von Cuba Si' und fragte ob er Materialien seiner AG dazulegen dürfe. Als Antwort bekam er zu-

nächst den Hinweis, wenn alle schwul wären, würde die Menschheit aussterben. Und im Saalinnern „tobte“ unterdessen eine Programmdebatte um gegenseitige Toleranz und Verständnis. Zu seinem Leidwesen lies besagter Bundesvorsitzender aber von seinem Ansinnen nicht ab und versuchte mit der Kraft seiner Argumente ein offenes Ohr bei seinem Gegenüber zu finden. Aber er rechnete nicht mit dessen „Standhaftigkeit“. Als dann noch die Sprache auf die angebliche Toleranz von Che Guevara kam, war es mit der Toleranz des Vertreters von Cuba Si' vorbei und mit dem klärenden Satz „Wenn du jetzt nicht verschwindest, haue ich Dir eine aufs Maul.“ schien die Sache zunächst geklärt. Aber danach kam eben besagter Anruf und wir ins Spiel. Zwischen der Möglichkeit, die selbsternannte letzte Bastion standhafter MÄNNER des Saales zu verweisen, haben wir ein Gespräch der Verständigung zwischen beiden herbeigeführt. Es sei angemerkt, nicht einer Klärung, dazu war der Genosse von Cuba Si' dann doch nicht bereit. So ist das manchmal mit der Bereitschaft zu möglichem Erkenntnisgewinn und der Fähigkeit Toleranz im täglichen Leben zu leben! Und drinnen im Saal ging es immer noch um ein gemeinsames Parteiprogramm. Nur, was nützt es wenn es nicht die Grundlage gemeinsamen Handelns ist. **Peter Templin**

Mitgliederentscheid zum Parteiprogramm

Auf seiner letzten Tagung befasste sich der Parteivorstand mit den Vorbereitungen des Mitgliederentscheids zum Parteiprogramm. Der Versand der Abstimmungsunterlagen beginnt am 14. November 2011. Alle Genossinnen und Genossen erhalten von der Bundesgeschäftsstelle neben dem Abstimmungsschein auch konkrete Hinweise zur Abstimmung. Im diesem Zusammenhang benannte der Geschäftsführende Parteivorstand gemäß § 4 (4) der Ordnung für Mitgliederentscheide in Abstimmung mit den Landesverbänden eine Abstimmungskommission.

Bericht aus dem Rathaus

Ausbau der Hafensperrpromenade

Mitten in einem boomenden Schweriner Stadtgebiet wird eine neue Attraktion für Einwohner und Besucher entstehen. Einwohner und Besucher können sich auf eine wunderbare Promenade am Ziegelsee freuen. Mit dem Verkauf des alten Brauereigeländes bietet sich jetzt die Chance, einer durchgehend attraktiven Entwicklung dieses Standortes.

Betroffene in den Mittelpunkt!

Mit einer aktuellen Stunde zur Wohnungslosenunterkunft begann die Sitzung der Stadtvertretung. Angemeldet hatten diese die Fraktionen Unabhängige Bürger und CDU/FDP. UB Fraktionschef Horn ließ auch schnell durchblicken, worum es ihm vor allem ging, die Oberbürgermeisterin sei Schuld an der Misere und solle die Verantwortung übernehmen. Bereits im Vorfeld hatte es reflexartige Forderungen nach personellen Konsequenzen gegeben. Für die LINKE beschrieb Henning Foerster die Entwicklung der letzten Monate. Dabei stellte er rechtstaatliche Möglichkeiten, wie das Anrufen der Vergabekammer oder eine Klage vor dem Verwaltungsgericht nicht in Frage, machte aber auf die Scheinheiligkeit der Debatte aufmerksam. Der Bürgerinitiative sei es immer nur um die Verhinderung des Standortes am Mittelweg gegangen, egal ob sie nun Schimmelbelastungen ausgemacht hatte oder ein Bürgerbegehren initiieren wollte. Und der Betreiber der Wohnungslosenunterkunft habe als Unternehmer ausschließlich wirtschaftliche Interessen. Die eigentlichen Betroffenen aber spielen bei der Diskussion um Geld - 125.000 • für Sanierung und Einrichtung - und Stadtentwicklung - Flächen Anne Frank Straße - keine Rolle. Da der Winter vor der Tür steht, muss gehandelt werden und ein Plan B für den Fall her, dass die Unterkunft am Mittelweg nicht bezogen werden kann. Vor allem Sozialdezernent Dieter Nielsen (SPD) ist nun in der Pflicht!

Parlamentarischer Abend I

Als äußerst kompliziert schilderte die Geschäftsführung die Lage um die Heizkraftwerke. Die Stadtwerke wollten diese übernehmen und damit auch die Kosten für das Unternehmen senken. Bislang drücken Zahlungsverpflichtungen Jahr für Jahr auf das Ergebnis. Ein wichtiges Thema war auch die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes. Mehr Fernwärmeanschlüsse, Gebäudesanierung und der Einsatz erneuerbarer Energien im Mix sollen den CO₂ Ausstoß bis 2020 um 25% reduzieren. Neben Photovoltaik und Biogas soll als neues Thema auch Biothermie (Nutzung von Erdwärme) im Bereich der Waisenhausgärten treten.

Bürgerbeteiligung bei Spielplätzen

Im Kern ein nachvollziehbarer Ansatz, wie Anja Janker, Mutter von 2 Kindern und stellvertretende Fraktionsvorsitzende deutlich machte. Ob es allerdings eines weiteren Beirates bedarf oder nicht einfach die notwendigen Informationen nur rechtzeitig in den Ortsbeiräten zu diskutieren sind, sollen jetzt die Ausschüsse klären. Aufhänger waren die Diskussionen um den Abbau von Spielgeräten in Friedrichsthal. Diesbezüglich gab es Ärger bei Anwohnern mit Kindern, die auch Fraktionsvize Henning Foerster erreichten. Zwischenzeitlich konnte Entwarnung gegeben werden. Die Bauverwaltung teilte mit, dass noch in den kommenden Wochen neue, attraktive Spielgeräte aufgestellt werden.

Entwicklungsbericht

Es ist schon traurig, immer höher werden die Kosten für Hilfen zur Erziehung. Diese kommen immer dann zur Anwendung, wenn Eltern aus unterschiedlichsten Gründen ihrem Erziehungsauftrag nicht mehr nachkommen. Dabei ist festzustellen, dass sich das Problem nicht mehr allein in vermeintlichen Problemstadtteilen, wie dem Dreesch oder dem Mueßer Holz verorten lässt. Zunehmend sind auch Lankow und die Weststadt betroffen, so Peter Brill.

Jetzt auch Online:

Beschlossen haben Schwerins Stadtvertreter, künftig auch eine Online-Möglichkeit für die Beantragung von Parkausweisen zu ermöglichen. Ebenfalls zugestimmt wurde dem Ansinnen, Paten aus der Bevölkerung für

die Pflege sogenannter Baumscheiben zu suchen. Mit einem Kompromiss endete die Diskussion um die Neugestaltung des Marienplatzes. Auch nach dem Umbau soll es dort 2 Bäume geben.

Asphaltierung der Alexandrinenstraße

Ein Antrag des fraktionslosen Abgeordneten Manfred Strauß sorgte für lange Diskussionen über die Bedeutung der Straße und des baulichen Gesamtensembles. Baudezernent Wolfgang Friedersdorf (DIE LINKE)

machte darauf aufmerksam, dass die jetzt vorgeschlagene Lösung bereits ein Ergebnis langer Kompromissuche ist. Demnach wird vor dem Arsenal gepflastert und im Zulauf auf die Knautstraße asphaltiert.

Integrationskonzept der Landeshauptstadt

Alle Redner zu diesem Tagesordnungspunkt dankten den an der Erarbeitung beteiligten Personen. Strittig war lediglich der Punkt zum anzustrebenden, kommunalen Wahlrecht für „Nicht EU-Bürger“. Für die LINKE sprach Michael Strähz zu diesem Punkt. Er wies darauf hin, dass der Koalitionsvertrag von CDU/CSU/FDP im Bund die

Festlegung auf eine Prüfung dieses Ansinnens enthält. Die LINKE ist selten einer Meinung mit der schwarz-gelben Koalition, aber hier „sollten die Vertreter der CDU/FDP Stadtfraktion mal auf ihre Chefetage in Berlin hören. Zudem gibt es bereits zahlreiche Ratsbeschlüsse deutschlandweit, die sich dafür aussprechen.“

Für mehr Philosophie-Unterricht

Zu wenige Lehrer, um dieses Fach flächendeckend anzubieten, beklagte UB Fraktionschef Silvio Horn in seiner Antragsbegründung. „Recht haben Sie!“, entgegnete ihm Walter Lederer für die LINKE, verwies aber gleichzeitig darauf, dass im Land flächendeckende Unterrichtsversorgung für viele Fächer Mangelware ist. Im neuen

Koalitionsvertrag von SPD und CDU findet sich nicht mal mehr das sonst immer vorhandene Ziel, eine 100-ige Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Ob am Ende der Beratungen mehr rauskommt, als der gewünschte Brief der Oberbürgermeisterin an den Bildungsminister, bleibt abzuwarten.

Parlamentarischer Abend II

Das neue Strategiepapier zur Jugendarbeit war Thema im Bus Stop. In ungezwungener Atmosphäre konnte man mit Sozialarbeitern ins Gespräch kommen und sich an den Ständen die einzelnen Projekte anschauen. Jugendhilfeausschussvorsitzender Peter Brill informierte über die Entwicklungen im Bereich der 3 Trägerverbände der Jugendarbeit (Altstadtbereich, Weststadt/Lankow und Dreesch, Krebsförden, Mueßer Holz). Er verwies darauf, dass Jugendarbeit aktivieren muss und stellte die Ideen für die Jahre 2012 und 2013 vor. Hauptthema der abschließenden Talkrunde waren die Finanzen, fast 437.000 • mehr müssen für die Anpassung der Ta-

rife, die sechs Jahre eingeforen waren, bezahlt werden. Dazu kommen 2 Stellen im Mehrgenerationenhaus Krebsförden und beim Kinderschutzbund Schwerin. Henning Foerster, der die LINKE in der Diskussion vertrat, machte seine Sympathien für das Anliegen klar. „Immer höhere Anforderungen bei immer gleichem Geld für die Kollegen und daneben die Gefahr höherer Folgekosten, bei einem schlechteren Angebot an Jugend- und Sozialarbeit sind berechtigte Argumente. Wir werden im Zuge der Haushaltsberatungen Schwerpunkte diskutieren. Bei 30 Millionen kalkuliertem Defizit wird dies aber kein einfacher Weg, so der Fraktionsvize.“

Der nächste Krisengipfel kommt bestimmt

Gerade noch wurde Ende September der EU-Rettungsschirm, im Kürzel EFSF genannt, gegen die Stimmen der Linken auf 440 Milliarden aufgestockt. Wenige Wochen später war klar, dass er zu klein ist. Von den 440 Milliarden Euro sind wegen der Zusagen an Portugal und Irland sowie der jetzt zusätzlich versprochenen 100 Milliarden an Griechenland noch 250 Milliarden verfügbar. Da die Spekulation gegen Spanien und vor allem Italien immer bedrohlicher wird, besteht Handlungsbedarf. Die EZB hat seit dem Sommer für 100 Milliarden italienische

Staatsanleihen gekauft und die Zinsen damit zunächst auf fünf Prozent gedrückt. Trotzdem sind sie jetzt wieder auf sechs Prozent gestiegen. Damit wird die Zinslast für Italien immer drückender und kaum tragbar. Das Land steht auf der Kippe. 2012 muss Italien von seinen 1,9 Billionen Euro Staatsschulden 260 Milliarden umschulden. In Spanien werden 2012 rund 120 Milliarden Kredite fällig. Beide Länder haben bis 2015 einen Refinanzierungsbedarf von rund einer Billion Euro. Das Euro-Haus brennt lichterloh. Deshalb wird jetzt die Kriegskasse des EFSF

von 440 Milliarden auf eine Billion Euro aufgeblasen. Das schlimme ist, dass das mit finanziellen Trickereien gemacht wird. Die Bundesregierung und die EU beginnen, selbst auf den Finanzmärkten zu zocken. Ob die Steigerung der Feuerkraft des Rettungsschirms gelingt, steht – wie beim Glücksspiel – in den Sternen. Jedoch wird auch das letztlich nicht reichen, da mittlerweile andere Länder, selbst Frankreich in das Visier der Spekulanten geraten. Der nächste Krisengipfel wird kommen. In Griechenland musste die Troika feststellen, dass die Planungen nicht eingehalten werden und alles aus dem Ruder läuft. Kein Wunder, denn den Hellenen wurde ein Rettungsring aus Blei übergeworfen. In der Folge rauscht die Wirtschaft mit erzwungenen Lohn-, Renten und Sozialkürzungen in den Abgrund. Im Oktober war das im Sommer aufgelegte „Hilfs-

paket“ bereits wieder überholt. Bis Ende 2011 soll jetzt ein freiwilliger Schuldenschnitt auf 50 Prozent für private Investoren vereinbart und ein weiteres Rettungspaket von 100 Milliarden aus dem EFSF bereitgestellt werden. Ein Schnitt von 50 Prozent ist ein Geschenk für die Investoren. Am Markt wurden zehnjährige griechische Anleihen im Oktober nur noch mit einem Kurs von 30 bis 40 Prozent gehandelt. Banken, Hedge-Fonds und Versicherungen erhalten für die Bereitschaft zum Schuldenschnitt neue Anleihen in Höhe von 50 Prozent, die vom EFSF garantiert werden. In Zukunft werden nur noch die Steuerzahler haften. Außerdem werden 30 Milliarden an Hilfen für Banken bereitgestellt. Ohne die Freiwilligkeit bei der Gläubigerbeteiligung würden Kreditausfallversicherungen fällig – ein weiterer unkalkulierbarer Brandherd. Außerdem würden die Finanzhaie in Panik geraten und die Zinsen für Italien und Spanien in den Himmel schießen! Ein bisschen droht dies jetzt auch bei der freiwilligen Gläubigerbeteiligung, denn Banken, zum Beispiel die Commerzbank werden ihre Anlagen in Staatsanleihen runterfahren. Das treibt die Zinsen und heizt die Krise an.

Michael Schlecht

Termine der Rosa Luxemburg Stiftung

10. November um 18.00 Uhr in der Aula der Volkshochschule „Schweriner Literaturtage“ Film - und Buch - Besprechung Fallada " Jeder stirbt für sich allein"

24. November um 18.00 in den Ritterstuben Vortrag und Diskussion Das " Braunbuch" und das " Amt" Kriegs- und Nazi-Verbrecher in bundesdeutschen Behörden mit Dr. Norbert Podewin

Das war die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Oktober – ein Rückblick

„Auf ein Wort in Schwerin“ war die Parteivorsitzende Gesine Löttsch am 6. Oktober zu Gast. Wenige Tage vor dem Erfurter Parteitag stand die Linkspolitikerin zum neuen Programmentwurf Rede und Antwort.

Einen Tag später strahlte die „Sonne der Gerechtigkeit“ im Schleswig-Holstein-Haus, als die Gruppe QUIJOTE aus Chemnitz zum 1. Mal in Schwerin und MV gastierte und Lieder von Mikis Theodorakis mit deutschen Texten präsentierte. Deutsche Sprache und griechische Musik wurden durch das Trio aus Chemnitz auf wunderbare Weise verbunden. Ein facettenreiches wie auch in sich stimmiges Programm begeisterte die Anwesenden. Bewusst wurde durch die RLS wie auch durch die Künstler/innen ein Kontrapunkt zur aktuellen Debatte um Griechenland gesetzt und ein neues Kapitel griechisch-deutscher Verständigungskultur

in Schwerin aufgeschlagen. Am 10. Oktober schlug die RLS mit einem Lektüreseminar zum Kapital von Karl Marx ein weiteres neues Kapitel auf. Seitdem findet sich nun jeden Montag ab 19 Uhr (außer an Feiertagen) in der Lübecker Str. 180, im BunesQ, ein gutes Dutzend Marx-Interessierter ein, um seine Schrift besser kennen und verstehen zu lernen. Marx' Hauptwerk ist gefragt wie lange nicht. Es enthält eine Vielzahl glänzend bestätigter Aussagen über das „Funktionieren“ oder „Nichtfunktionieren“ der kapitalistischen Gesellschaft, über die Kommerzialisierung des Alltagslebens, die Entwicklung der Industrie, die weltumspannende Konzernbildung bis hin zur Dominanz der Finanzmärkte. Im Seminar werden Textstellen analysiert und Begrifflichkeiten geklärt. Der Referent Dr. Jörg Schroeder unterbreitet ein interessantes Mitmachangebot. Am 26. Oktober referierte und diskutierte Dr. Erhard Crome

über Die arabische Welt im Aufbruch? Seit Monaten gibt es Unruhen, Aufstände, Bürgerkrieg im arabischen Raum, werden langjährige Regierungen von der eigenen Bevölkerung davon gejagt. Blutige Machtkämpfe in Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien haben die Region in den Focus der Weltöffentlichkeit gerückt. Ist die arabische Welt tatsächlich im Aufbruch? Und wenn ja, wohin bricht sie auf? Gibt es Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung und was bedeutet das für Europa und die restliche Welt? Erhard Crome gab viele interessante Einblicke in die internationale und in die arabische Politik, in das Wirken der Medien und eine mögliche Zukunft dieser Länder. Sollten sie selbstbewusst ihre Demokratie entwickeln, so bliebe das auch für die westlichen Länder und insbesondere die USA nicht ohne Wirkung.

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de Die nächste Ausgabe erscheint am 09.12.2011, Redaktionsschluss ist der 02.12.2011.

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

Von der Basis

Informationen aus der Weststadt

Der Vorstand unserer Stadtteilparteiorganisation-Weststadt tagte am 25. 10. zu seiner monatlichen Beratung.

Zunächst fand ein Gedankenaustausch über den Programmparteitag statt. Einmütig freuten wir uns über seinen erfolgreichen Verlauf. Das neue Parteiprogramm macht deutlicher, was wir wollen und was uns von den anderen Parteien unterscheidet.

Uns eint, dass die Ausstrahlungskraft der Linken nie so nötig war wie heute. Unsere Partei deckt die eigentlichen Ursachen der sich zuspitzenden Krise des Finanzkapitalismus auf und stellt Auswege zur Diskussion. Wir gingen davon aus, dass die Inhalte unseres Programms in der Öffentlichkeit vielmehr bekannt und zum Tragen gebracht werden muss. Umso störender ist, dass schon Stunden nach dem Parteitag eine Personaldebatte in den Medien losgetreten wurde. Einige Funktionsträger stärken schon wieder den Eindruck einer zerstrittenen Partei, die sich mit sich selbst, statt mit dem Anliegen der Bürger beschäftigt.

Wir erwarten: Schluss mit solchen Praktiken und Konzentration der Kräfte auf die Öffentlichkeitsarbeit.

Folgende Festlegungen wurden getroffen:

Informationsstand am 4. 11. vor der Kaufhalle der Weststadt Für eine Steckaktion werden 1500 Exemplare der neuen Nummer der „Klar“ bestellt.

Um den Mitgliederentscheid zu unterstützen werten die Basisgruppen den Parteitag aus. Am 5. 12. findet außerdem um 17.00 Uhr im Nachbarschaftstreff eine öffentliche Veranstaltung mit Helmut Holter statt. Der Vorstand

Gedanken die bewegen

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit dem ich am 01. Januar 1993 als Geschäftsführer unserer Partei in Schwerin meine Arbeit begann, sind nunmehr 19 spannende, aufregende, Nerven aufreibende Jahre ins Land gegangen. Es war ein Wechselbad der Gefühle. Mal euphorisch, oft nachdenklich, mal glücklich, mal tieftaunig, mal ausgelassen und immer suchend. Und in all diesen Jahren lernte ich Genossinnen und Genossen kennen, ohne die diese Jahre nicht denkbar gewesen wären. Es waren und sind Menschen, die sich über so viele Jahre aufopferungsvoll und völlig uneigennützig für ihre Partei engagierten und eingesetzt haben. So erinnere ich mich an einen Anruf von Genossin Mechthild Franz in der Zeit der Einführung von Hartz IV und den stattgefundenen Montagsdemonstrationen. Sie entschuldigte sich bei mir, damals schon fast 90. Jahre alt, dass sie am Nachmittag erstmalig leider nicht zur Demonstration kommen könne, denn sie sei in ihrer Wohnung gestürzt. Es muss schon eine tiefe innere Überzeugung solchen Menschen innewohnen, um ein Leben lang für Andere da sein zu wollen. Der unbändige Wunsch nach Gerechtigkeit und Menschlichkeit und etwas dafür

tun zu müssen.

So auch Genossin Margita Harms, eine kleine zierliche, stets freundliche Person, die es irgendwie immer wieder geschafft hat, alles unter einen Hut zu bringen. Zu Hause einen Pflegefall, die Arbeit als Basisvorsitzende und über so viele Jahre Kreisparteitagsdelegierte, die sich auch noch entschuldigte, wenn sie es mal nicht geschafft hat auf den Tag genau den Parteibeitrag in der Geschäftsstelle abzurechnen. Bescheiden, immer etwas einbringend und nie etwas fordernd. Ich hatte nie das Gefühl das ich Menschen gegenüber stand, die für sich in Anspruch nahmen wichtig zu sein. Doch SIE waren es!

Ich erinnere mich gerne und in tiefer Hochachtung stellvertretend für viele andere an diese Genossinnen.

Ja, es ist nicht einfach, zunehmend zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass Menschen die mich über so viele Jahre freundlich begleiteten und mit denen mich sehr viel verband und verbindet, sterben.

In der Hoffnung von vielen von Euch verstanden worden zu sein und der Hoffnung auf noch viele gemeinsame Jahre.

DANKE und wie immer mit freundlichen Grüßen
Peter Templin

Im Monat Oktober verstarben unsere langjährigen und aktiven Genossinnen

Margita Harms Mechthild Franz

Wir werden uns ihrer in Ehren erinnern.

**Der Kreisvorstand
DIE LINKE. Schwerin**

Herzliche Glückwünsche

Die Genossinnen und Genossen der Stadtteilorganisation Friedrichsthal gratulieren nachträglich ganz herzlich ihren Genossen Walter Lederer zum 62. und Helmut Herzog zum 64. Geburtstag.

+++

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 321 gratulieren am 01.11. Genossen Heinz Pawlitzok zum 75. am 07.11. Genossen Hans Schmal zum 79. und Genossen Karl-Heinz Werther am 19.11. zum 58. Geburtstag. Die besten Wünsche für Gesundheit und Wohlergehen.

+++

Die BO 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Michael Reiche zu seinem 43. Geburtstag. Der Genosse Kurt Brückner begeht am 21.11. seinen 77. Geburtstag und der Genosse Ralf Kiesow am 24.11. seinen 60. Geburtstag. Die BO 605 wünscht ihnen vor allem Gesundheit und noch viel Schaffenskraft.

„Keine Gnade für Kinderschänder“ Rechtsextreme Propaganda auf Facebook

„Keine Gnade für Kinderschänder“ – so lautet der Titel einer gut getarnten Facebook-Seite, mit der Rechtsextremisten versuchen, ihre menschenverachtenden Ideologien salonfähig zu machen. Alarmierend ist dabei der überraschende Erfolg der Seite. Über soziale Netzwerke versuchen die Neonazis in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen. Wenn man die Facebook-Seite „Keine

Gnade für Kinderschänder“ das erste Mal anklickt, dürfte sie die meisten kaum mißtrauisch werden lassen. Dafür ist ihre Aufmachung viel zu harmlos. So zeigt das Profilbild des Webauftritts ein junges Mädchen, das auf einer grünen Wiese steht und mit einem Löwenzahn spielt; dazu steht rechts im Bild in blauen Lettern die Forderung „Kinder brauchen eine Lobby. Damit ihre

Träume in Erfüllung gehen“. Das wirkt unauffällig und auf den ersten Blick nicht rechtsextrem. Genauso erklärt sich auch die für eine rechtsextreme Seite beeindruckend hohe Zahl an Unterstützern. Insgesamt scheint der Auftritt mehr als 35000 Nutzern zu gefallen (stand August 2011). Das ist bislang für eine rechtsextreme Facebookseite einmalig. Die Facebookseite der NPD hat nur rund 9000 Unterstützer.

Betrachtet man die Seite allerdings etwas genauer, wird klar, was dahintersteckt. Die unbekannteren Initiatoren werben beispielsweise offen für die NPD. Unauffällig wird ein NPD Kinderfest mit den Worten „Das nenn ich kinderfreundliche Politik, daran sollten sich die anderen mal ein Beispiel nehmen. Traurig, dass die etablierten Parteien sich selbst ins Aus schießen...“ angepriesen oder die „kinderfreundliche Politik“ der Neonazis hervorgehoben. Dass führt dann mitunter schon einmal dazu, dass die Seiteninhaber ihre Fans dazu aufrufen, den NPD-Mann Frank Franz mit einem Klick auf „Gefällt-Mir“ bei seiner Seite zu unterstützen, damit, so die Initiatoren, „unsere Kinder bald wieder sicher auf den Spielplätzen spielen können“. Ein Blick auf die Seiten, die „Keine Gnade für Kinderschänder“ gefallen, spricht Bände: darunter der Facebook-Auftritt von Holger Apfel (Vorsitzender der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag), Frank Franz (Vorsitzender der NPD-Saarland) und Udo Pastörs (NPD-Landtagsmitglied in Mecklenburg-Vorpommern). Darüber hinaus werden regelmäßig Meldungen der NPD rund um das Thema „Kinderschutz“ weiterverbreitet und in höchsten Tönen gelobt oder fotografierte NPD-Wahlplakate mit der Forderung „Kinderschützen – Familie fördern“ gepostet und mit der Aussage „Vorbildlich! Leider scheint es für alle anderen Parteien eine Unmöglichkeit zu sein, sich diesem Thema zu widmen...“ kommentiert. Doch die Administratoren

beschränken sich nicht immer auf das Thema „Kinderschutz“, sondern mischen sich häufig auch in die große Politik ein. Dabei sind ihre Forderungen meistens eindeutig rechtsextrem. Unter anderem beschweren sie sich über die „Meinungsdiktatur“ und ein „linkes Denunziantentum“, anlässlich der Löschung zahlreicher rechtsextremer Facebook-Profile oder beschweren sich darüber, dass die „Linkspartei“ angeblich die „Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft verhöhne“ und die Partei im „Kontext zu 100 000 000 durch linken Terror Getöteten“ stehe, aber dennoch zu den „etablierten und wählbaren Parteien“ gehöre.

Erschwerend kommt hinzu, dass die wenigsten mit der neonazistischen Szene, deren Anhänger, deren Argumentationsmuster und deren Internetauftritten vertraut sind, und deshalb der Auffassung sind, dass es sich hier um ein gutes Projekt handelt, dass man bedingungslos unterstützen kann. Dass man sich damit zu einem Teil rechtsextremer Propaganda macht, ahnen viele nicht. Mit ihrem verstärkten Auftreten in sozialen Netzwerken wollen die Neonazis gezielt Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen, die sonst von einem martialischen Naziaufmarsch abgeschreckt werden. Im Netz sinkt die Hemmschwelle zur Kontaktaufnahme jedoch, vor allem, wenn die Facebookseite unverfänglich daherkommt. Eine geschickte Art der Rekrutierung für die Szene. Die Seite ist im Internet längst nicht mehr unbekannt, denn auch engagierte User haben die Seite bereits entdeckt und Gegengruppen gebildet. Auf Seiten wie „Keine Gnade für Kinderschänder – die Hintergründe“ oder „Löschen der Seite: Keine Gnade für Kinderschänder (NAZIS!)“ wird über die Machenschaften der Initiatoren informiert und versucht, auf das Problem der gut getarnten Nazi-Propaganda aufmerksam zu machen.

Johannes Hartl

Ist das die neue Kriegsstrategie der USA-Imperialisten?

Das Strickmuster ist ungeführfolgermaßen: Zuerst kommt die Unterwanderung, das ist praktisch die Grundlage, dann kippt eine offizielle Figur nach der anderen um und wird auch zum „Rebell“. Gleichzeitig wird eine Hetze in den Medien gestartet von wegen „Diktator“, „Despot“ u. ä., heimlich werden die „Rebellen“ unterstützt und es kommt zu Kämpfen gegen das „Regime“, was nicht ohne Folgen für die Zivilbevölkerung bleibt. Das wiederum verstärkt die Medienkampagne, die nunmehr bloß noch vom „Diktator“ redet, welcher angeblich „sein eigenes Volk“ um die Ecke bringt. Weshalb die Nato zu Hilfe eilen muss – natürlich dem Volk. Es kommt zu monatelangen Nato Bombardements – selbstverständlich um den „Diktator“ daran zu hindern, sein eigenes Volk umzubringen und den „Rebellen“ zur Seite zu stehen. Das scheint auch zu funktionieren, denn mit insgesamt 26 000 Einsätzen in sechs Monaten kann natürlich einiges erreicht werden – an Zerstörung versteht sich. Das „Volk“ fängt an sich zu spalten in „Rebellen“ – die Mehrheit versteht sich – und den „Clan“ des „Diktators“ – welcher schließlich angeb-

lich völlig isoliert und händeringend Schutz in seinem Geburtsort sucht, was natürlich verstärkt Nato-Bomben dort erforderlich macht, um der rebellischen „Mehrheit“ endlich zum Sieg zu verhelfen. Am Schluss wird der „Diktator“ aufgespürt – ein paar geheimdienstliche Hinweise (von befreundeten Staaten) vielleicht – und schon klappt es wie geschmiert. Oder doch nicht ganz? Die „Rebellen“ verlangen Rache, vor aller Augen, und der „Diktator“, welcher sich aus Flucht vor den Nato-Bomben, die immer noch fallen, in einem Abwasserrohr versteckt hat, wird von den Rebellen entdeckt und gelyncht. Ein Sohn wird gleichfalls exekutiert. Die Leichen des „Diktators“ und des Sohnes schleift man durch den ganzen von Bomben und Kämpfen zerstörten Ort, stellt sie beide aus in einem Hähnchenfleisch - Kühlhaus eines Supermarktes, damit möglichst viele Rebellen und überlebende Zivilisten sich daran ergötzen, an ihrem „Sieg“! Nach ein paar Tagen verscharrt man sie irgendwo in der Wüste. Punkt. Kapitel beendet. Endlich kann man was anderes machen, überall im Land den Sieg feiern der „Rebellen“ und -der Scharia!

Maria Weiß

Stadtfraktion hat eine Geschäftsführerin

Ein für viele Genossinnen und Genossen noch neues Gesicht verstärkt ab sofort die Linksfraktion in der Schweriner Stadtverwaltung. Anja Schwichtenberg wird künftig die organisatorischen Fäden im Stadthaus in der Hand haben und die Stadtvertreter bei ihrer Arbeit tatkräftig unterstützen. Anja ist 34 Jahre jung, Mutter von Annemarie und die Partnerin von Oliver. Geboren in Wismar, wuchs Anja in Bad Kleinen auf und beendete dort auch die POS mit der mittleren Reife. Danach ging sie zunächst nach Schleswig Holstein und schloss erfolgreich ihre Ausbildung als Kauffrau im Einzelhandel ab. Anschließend arbeitete sie als Abteilungsleiterin bei Heick & Schmalz. Nach Mecklenburg Vorpommern zurückgekehrt, fand sie eine neue Betätigung bei der Sozios GmbH in Schwe-



rin. Hier betreute Anja ältere Bürgerinnen und Bürger. Leider war auch diese Anstellung nicht unbefristet und so folgten berufliche Engagements im Callcenter und zuletzt in der Schulwerkstatt des Vereines „Fit for Life“. Auch hier war sie mit Herz und Verstand dabei, als es darum ging, die Reintegration von Kindern in das Schulsystem voranzubringen. Ihre Hobbys sind Handball, Camping und die Familie.

Durch die schwere Erkrankung von Peter Menzlin brauchte die Stadtfraktion schnell Hilfe und Anja half gern aus. Im September hat die Stadtfraktion nun entschieden, ihr die Chance zu geben, sich tiefergründiger einzuarbeiten und als neue Fraktionsgeschäftsführerin zu arbeiten. Dafür wünschen Kreisverband und Stadtfraktion alles Gute!

Insolvenz des Staatstheaters abwenden

Zur drohenden Insolvenz des Mecklenburgischen Staatstheaters erklären die Schweriner Landtagsabgeordneten der Linksfraktion, Henning Foerster und Helmut Holter:

„Ministerpräsident Sellingering spielt mit dem Feuer. Nachdem er eingestehen musste, dass das Theater- und Orchester-

konzept der alten Landesregierung gescheitert ist, muss Herr Sellingering unverzüglich die mehrfach angekündigte Soforthilfe gewähren.

Die Hilferufe aus den Kommunen und den Theatern werden immer lauter. Das Land will aber dem Mecklenburgischen Staatstheater und anderen Standorten nur helfen, wenn strukturelle und

personelle Änderungen vorgenommen werden. Das ist aus unserer Sicht eine nicht hinnehmbare Einmischung in die künstlerische Planung und kommt einer Erpressung gleich. Eine Soforthilfe darf nicht an Bedingungen für die künftige Entwicklung der Theater geknüpft werden.

Das Staatstheater Schwerin

ist ein kulturelles Aushängeschild der Landeshauptstadt und Anziehungspunkt weit über die Landesgrenzen hinaus und braucht die Unterstützung des Landes. Wir erwarten, dass im Interesse des Traditionstheaters und seiner Beschäftigten jetzt unverzüglich gehandelt und eine Insolvenz abgewendet wird.“

Kreisparteitag geplant!

Der nächste Kreisparteitag findet am 15. Dezember um 17.30 Uhr im Großen Saal der Gaststätte Ritterstuben statt.

Neben einem Rückblick auf die Landtagswahlen, den Bundesparteitag in Erfurt, einem ersten Ausblick auf das Jahr 2012, werden wir unsere beiden VertreterInnen für den Landesausschuss und vier Bundesparteitagsdelegierte wählen. Die Einladungen an die Delegierten erfolgen zeitnah. Gäste sind wie immer herzlich eingeladen.

6 Euro monatlich mehr Gehalt oder Rente mit 67?

RENTENBEITRAGSENKEN? GUTGEMEINT.

Die Rentenkassen verfügen zurzeit über hohe Rücklagen. Die Bundesregierung will deshalb den Beitrag zur Rentenversicherung senken. Eine Entlastung von 0,5 Prozentpunkten beim Rentenbeitrag bringt für Durchschnittsverdiener/innen mit rund 2.500 Euro Monatseinkommen gut 6 Euro netto mehr im Monat, für Geringverdiener/innen mit 1.500 Euro Monatseinkommen bleiben 3,75 Euro. Nicht zu vergessen: Die Hälfte der Beitragsenkung geht an die Arbeitgeber.

ABER WAS IST MIT DEINER RENTE?

Die Rentenkassen sind auch deshalb so gut gefüllt, weil die Rentenleistungen massiv gekürzt worden sind – bis 2030 wird es bis zu einem Viertel weniger sein. Die bittere Folge: Der Lebensstandard im Alter wird sinken. Immer mehr Menschen droht Altersarmut – auch wegen der Rente mit 67. Kaum jemand kann so lange arbeiten. Viele müssen deshalb Abschlüsse bei der Rente hinnehmen: bis zu 14,4 Prozent Minus.

RENTE AUFBESSERN. ALTERSARMUT VERMEIDEN

Die Regierung sagt, die Rente mit 67 müsse sein, damit der Rentenbeitrag bis 2030 um 0,5 Prozentpunkte weniger stark ansteigt. Wenn die Bundesregierung auf eine Beitragssenkung verzichtet, kann uns die Rente mit 67 also vollständig erspart bleiben. Gleichzeitig bleibt noch Geld übrig, um Erwerbsgeminderte und Geringverdienende besser fürs Alter abzusichern. Auch das ist dringend notwendig. (Quelle DGB)